

SPD demokratischer Pressedienst

P/XXVIII/243

19. Dezember 1973

Plädoyer für eine menschliche Stadt

Weder Siedlungen aus der Retorte noch Konservierung
morscher Idyllen lösen das Problem

Von Peter Schulz

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 1 bis 4 / 181 Zeilen

Auf den Spuren einer öblen Legende

CDU-MdB greift Verleumdungskampagne gegen Wehner auf

Seite 5 und 5a / 63 Zeilen

Wenn der Urlaub ein Fiasko war...

Gesetz soll Verantwortung der Reiseveranstalter
festlegen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
der Justiz

Seite 6 bis 8 / 115 Zeilen

Plädoyer für eine menschliche Stadt

Weder Siedlungen aus der Retorte noch
Konservierung marocher Idyllen lösen das Problem

Von Peter Schulz

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Großstädte drücken heute überall in der Welt im Prinzip die gleichen Probleme, und sie haben auch eine gemeinsam: Die dynamische Entwicklung auf fast allen Gebieten unseres menschlichen Zusammenlebens. Zwar mag die eine oder andere Stadt auf diesem oder jenem Gebiet besser dran sein, diese Feststellung kann aber doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in jeder Großstadt auch jene Schattenseiten gibt, die das moderne Leben zu einer so komplizierten Veranstaltung machen.

Die Chance, dieser Probleme Herr zu werden, ist nicht so sehr in lupenreinen Lösungen zu suchen, sondern in der Tatsache, daß wir alle skeptischer und kritischer, auch selbstkritischer, geworden sind. Dies setzt uns weit mehr als früher in den Stand, unsere Städte mit geschärften Sinnen zu bauen und umzubauen, zu ergänzen und zu korrigieren, zu erneuern und zu modernisieren, kurzum dafür zu sorgen, daß die Stadt sich ihre Wohnlichkeit erhält oder sie wiedergewinnt.

Wir alle haben gerade in den letzten zehn Jahren dazugelernt, und ich zweifele nicht daran, daß dies in hohem Maße auch auf die immer wirksamer werdende "Anteilnahme" der Bürger am Geschehen und auf ihre Kritik zurückzuführen ist. Ganz falsch wäre es aber wohl, über das, was heute die Ansätze zur kritischen Diskussion liefert, zu vergessen, was trotz allem geleistet wurde. Es war gewiß mehr als unsere Kraft heute zu leisten imstande wäre und weit mehr auch als irgendjemand als möglich zu prophezeien gewagt hätte, als alles in Trümmerstaub und Hoffnungslosigkeit erstickt war! In Hamburg hatte der Krieg die Hälfte aller Wohnungen zerstört. Das Dach überm Kopf nahm damals jeden mehr in Anspruch als die Lust, kurzatmig einer halbwegs tauglichen Theorie des Städtebaus nachzujagen; ich kenne niemanden, der legitimiert wäre, diese Haltung heute - vom sicheren Port aus - zu bespötteln.

Seither haben wir in Hamburg über eine halbe Million Wohnungen neu gebaut und davon immerhin zwei Drittel Sozialwohnungen. Keine andere Stadt in Westdeutschland erreichte diese Zahlen. Wir sind stolz auf die Leistung der Aufbaujahre, aber wir übersehen nicht die Irrtümer - weltweit verbreitete Irrtümer übrigens, die in Mailand nicht viel anders gewirkt haben als in Boston oder Glasgow, in Marseille, in Kiew oder Stockholm. Welche Stadt ist dabei schon ungeschoren geblieben? Sie alle, Nutznießer und Leidtragende des Wachstums und zunehmenden Wohlstandes, sind nun damit beschäftigt, aus den

Wirrnissen modernen Lebens seine Segnungen herauszufiltern.

Man erkennt es schon an den Metaphern, die wir alle benutzen: Heute "platzen Städte aus den Nähten", "veröden" in ihrem Innern und "zerlaufen" in die Umgebung, weil sie sich nicht häuserweise, sondern in ganzen Stadtvierteln vergrößern. Früher "wuchs" eine Kommune gemächlich Haus um Haus, was uns wiederum heute dazu verführt, mit diesem biologischen Begriff zu operieren und von den "gewachsenen Teilen" unserer Städte zu sprechen - obwohl sie namentlich in der Gründerzeit überhaupt nicht gewachsen, sondern nach den handfesten Besitzregeln der damaligen Gesellschaft gebaut und nicht selten unter spekulativen Umständen aus dem Boden gestampft worden sind. Nur: im Verlaufe eines Jahrhunderts oder mehr ist darin das Leben "gewachsen", ist wirklich angewachsen und hat Wurzeln geschlagen und die gebaute Umwelt sich zur Heimat gemacht.

Das ist ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt für eine menschliche, die Würde des Menschen achtende Städtebaupolitik geworden. Deshalb lehnen wir Flächensanierungen, wie sie lange genug üblich waren, ab. Heute wissen wir: Die Zeit ist vorbei, in der wir es für statthaft hielten, ein Stadtgebiet zu erneuern, indem wir es erst einmal zertrümmern; denn damit werden soziale Bindungen zerrissen. Das trifft nicht zuletzt Kinder, die besonders an ihrer gewohnten Umwelt hängen, das trifft ebenso hart ältere Menschen, für die der Wohnungswechsel oft ihre Isolierung bedeutet, ihre Entwurzelung. Als Sozialdemokraten haben wir die Pflicht, auch diesen Menschen ein Optimum ihrer Art von Lebensqualität zu verschaffen. Und Lebensqualität ist dabei nicht unbedingt dasselbe wie Wohnungskomfort; der auch nötig ist. Eine verlorene Nachbarschaft ist schwer zu ersetzen.

Wir wollen diese Stadtteile vor allem aktivieren. Deshalb dürfen wir uns auch nicht in eine gefährliche pseudosoziale Rührseligkeit versetzen und uns blind machen lassen vor dem wirklich Abbruchreifen, vor dem Wohnungselend in pittoresken Gehäusen. Es ist unser Ziel, alte Häuser nicht aus Rücksichtslosigkeit oder Bequemlichkeit einfach durch neue zu ersetzen, sondern die alte Substanz, wo immer es möglich oder nötig erscheint, zu erhalten und zu modernisieren. Aber wir können unwürdige Verhältnisse nicht um irgendeiner Kulissensehnsucht willen verlängern. Modernisieren heißt ja nichts anderes, als den Bürgern einen zeitgemäßen Wohnungskomfort verschaffen, auf den sie bisher verzichten müssen und auf den sie einen Anspruch haben. Auf ein modernes Bad, auf eine angenehme Küche, auf Zentralheizung, alles Dinge, die mit dem Wort "Komfort" eigentlich falsch beschrieben sind.

Es ist klar, daß die Kommunen sich etwas ausdenken müssen, erstens um den Althausbesitzern einen Anreiz zu geben - beispielsweise durch Zinszuschüsse zu Darlehen; zweitens um zu verhindern, daß nur die Hausbesitzer reicher werden, statt die Mieter modernisierter Wohnungen erschwinglich anzusetzen. Aus gutem Grund wollen wir mit der Hilfe über Darlehen ein Belegungsrecht der Stadt koppeln. Ich bin ganz sicher: Die Menschlichkeit einer Stadt

wirdentscheidend mitbestimmt durch die Art und Weise, wie wir mit gewachsenen Strukturen umgehen, wie wir nicht sanieren sondern aktivieren, und auch davon, ob es gelingt, eine vernünftige Mitte zu finden zwischen der Beseitigung unwürdiger Wohnungen, der Aktivierung erhaltenswerter Substanz und der Fortentwicklung solcher Gebiete durch den Bau moderner Wohnungen. Diese Wohnungen können nicht alle durch die Verdichtung vorhandener Bebauung geschaffen werden. Für Bäder, Küchen, Zentralheizungen, für Spielplätze und notwendige Grünanlagen brauchen wir Raum. Raum, der bei gegebenen Umständen aber in der Regel nicht vorhanden ist. Deshalb wird es weiterhin notwendig sein, schon um der Erhaltung der gewachsenen Strukturen wegen, auch auf der grünen Wiese zu bauen.

Alle großen Städte sind konfrontiert mit dem Auszug des Städters in die Umgebung seiner Stadt. Diese Variante der Mobilität hat für jede Stadt sehr komplexe Folgen, deren offensichtlichsste und zugleich empfindlichste die wirtschaftlichen Folgen für das Gemeinwesen sind. Die Stadt ist das Spiegelbild ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, denn sie bestimmen ihre soziale Entwicklung wesentlich. Will sie gedeihen, braucht sie das Wachstum. Niemand kommt darum herum. Gleichwohl beten wir das Wachstum nicht an, aber es gibt auch keinen realistischen Grund, Wachstum von vornherein abzulehnen; das wäre auch nichts weiter als eine romantische Reaktion. Niemand kann aber im Sinn haben, Wachstum als Wildwuchs zu dulden und dabei die Stadt, die lebenswerte Stadt preiszugeben. Das bedeutet, daß wir Industrien nicht um jeden Preis animieren, sich auszubreiten, daß wir mit aller Strenge darauf sehen, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht bezahlt wird mit einer gestörten Umwelt. Aber - es gibt keinen Zweifel, daß Hamburg wie jede Metropole auf neue interessante Industrien angewiesen ist, solche vor allem, die hochqualifizierte Arbeitsplätze ständig neu schaffen. Und das bedingt wiederum die Anstrengung, die Stadt selber attraktiv zu machen; weniger kapriziös ausgedrückt: sie wohnlich zu machen. Es soll Spaß machen, hier zu leben.

Nicht zuletzt das hat uns bewogen, auf einem in Gemeindeeigentum befindlichen Terrain im Südosten Hamburgs einen ganzen neuen Stadtteil für etwa 70.000 Menschen zu planen. Es ist wichtiger Bestandteil unseres Stadtentwicklungskonzeptes, über das in wenigen Wochen ein Parteitag der SPD beraten und unser Landesparlament, die Bürgerschaft, befinden wird. Inzwischen ist der Name dieser Ansiedlung - Billwerder-Allermöhe - für viele zu einem Reizwort geworden. Niemand, der sich der Problematik dieses Unternehmens bewußt ist, wird davon überrascht sein, und niemand sollte die kritischen Fragen als nur lästig von sich weisen. Das Projekt Allermöhe ist ein schwieriges Projekt. Aber wir dürfen nicht immer nur die Fehler der Vergangenheit beklagen und allenfalls theoretisch aus ihnen lernen - wir haben vor allem die Pflicht, die Konsequenzen im tatsächlich stattfindenden Städtebau umzusetzen, entschlossen, möglichst einfallreich, unter Hinzuziehung vor allem auch jener Wissenschaften, die nur allzuoft erst dann geholt werden, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, d.h. dann, wenn die Siedlung, das Neubaugebiet schon steht und

soziales Leben sich nicht entwickeln will.

Von den Erfahrungen der jüngsten Städtebaugeschichte gebrannt, ist es selbstverständlich, daß wir weder eine "Stadt aus der Retorte" aus dem Boden stampfen wollen, nur auf die große Zahl versessen, noch daß wir uns eine irreale Idylle erträumen, sondern etappenweise vorgehen werden, korrigierbar unter Bewahrung der größtmöglichen Flexibilität. Allermöhe wird keine Siedlungswüste werden, sondern ein Stadtteil, in dem wir auch demonstrieren werden, was unter städtischer Lebensqualität im Neubaugebiet zu verstehen ist. Wir haben nicht vor, darüber die anderen Stadtteile verkümmern zu lassen, und wir werden sehr genau aufpassen, daß andere Stadtteile nicht ihre Bewohner nach Allermöhe verlieren: Wir wollen keine Stadtteil-Klassen, keine Einbahnstraße der stadtinternen Wanderungen.

Durch Orthodoxie zeichnet sich auch Hamburgs Denken zum Thema Verkehr nicht aus. Hamburg hat den Vorzug, schon sehr früh mit dem Bau seines Schnellbahnsystems begonnen und ihn kontinuierlich fortgesetzt zu haben. Wir brauchen diese allgemeinen Verkehrsmittel mehr denn je - aber es wäre absurd, ins Extrem zu fallen und nun das Auto zu verteuern. Vielen Bürgern hat es immerhin ein früher nicht gekanntes Maß an Mobilität und Freiheit gegeben. Worum es geht, das ist, mit Anstand und Konsequenz den Kompromiß zu finden, der dem Wohl der Allgemeinheit am zuträglichsten ist. Jedenfalls haben wir gelernt, keine Straßenschneisen mehr durch die bebaute Stadt zu schlagen. Kahlschläge sind irreparable Schäden, und wir haben - anderswo mehr als in Hamburg - erlebt, wie Stadtteile durch solche Schneisen erwürgt werden.

Wie oft man auch so wunderschöne Begriffe wie den der "menschlichen Stadt" auf der Zunge zergehen läßt: sie sind blanke Träumerei, wenn nicht die harten Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Menschenwürdiges Wohnen bedeutet preiswertes Wohnen. Erschwingliches Wohnen bedingt ganz bestimmte gesetzliche Situationen. Aus dem schillernden Kaleidoskop will ich nur einen Punkt herausgreifen, der über seine ökonomische Bedeutung zu gesellschafts-politischer Bedeutung gelangt ist und unsere Diskussion seit ein paar Jahren sehr intensiv belebt: das Bodenrecht. Es ist einer der Hauptverursacher städtischer Kalamitäten.

Was uns in Hamburg das Projekt Allermöhe möglich gemacht hat, war auch die Tatsache, daß hier das gesamte Gebiet in städtischem Eigentum ist. Was uns dagegen soviel Kopfzerbrechen am sogenannten Hexenberg, einem Sanierungsgebiet in St. Pauli, bereitet hat, war das Zusammensammeln der Grundstücksfetzen. Es hat uns Hamburger runde fünfzehn Jahre beschäftigt. Jetzt müssen wir endlich verhindern, daß einzelne gewaltige Summen einstreichen können, die die Allgemeinheit aufbringen muß. Wir kommen also nicht darum herum, das Gesetz, mit dem wir dergleichen einschränken wollten, neu zu überdenken, das Städtebau-förderungsgesetz. Ohne Frage hat uns dies Gesetz mancherlei Vorteile gebracht - entscheidend geholfen und weitergebracht hat es uns nicht; dies ist seine Schwäche. Mit uns meine ich die Kommunen, vor allem die Städte. Und das sind nun einmal die Heimstätten für 80 Prozent unserer Bürger am Ende dieses Jahr-hunderts!
(-/19.12.1973/ks/pr)

+ + +

Auf den Spuren einer üblen Legende

CDU-MdB greift Verleumdungskampagne gegen Wehner auf

Mit der fraktionsoffiziellen Verteilung seines Zeitungsartikels "Ich frage Wehners Wähler" hat es der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete, Schulleiter, Luftwaffen-Reserveoffizier und Wehrexperte Carl Damm (46) der deutschen Öffentlichkeit leicht gemacht, die Entstehung einer üblen und verleumderischen Legende in allen Verästelungen und Verfilzungen von Anfang an verfolgen zu können. Damm lamentiert in seinem Artikel darüber, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner seinen Willen gegen den Bundeskanzler "brutal durchgesetzt", "indem er Brandts Ansehen in aller Öffentlichkeit rücksichtslos herabsetzt", und das alles mit einem Ziel, das den CDU-Abg. Carl Damm mit Sorge erfüllt: "eine sozialistische Bundesrepublik mit einer mehrheitlich sozialistischen SPD - angewiesen auf das Wohlwollen Moskaus".

Nun könnte man es den CDU-Wehrexperthen Carl Damm selbst überlassen, wo und wie er sich lächerlich macht. Aber der hier zitierte Artikelsatz Damms läßt deutlich genug erkennen, daß er eine Tendenz aufgreift und als CDU-politische Sorge der deutschen Öffentlichkeit serviert, die bereits seit dem 6. Dezember von Zürich aus durch die "intern-informationen" in Szene gesetzt worden ist. Dieser Dienst, der von potenten Finanzkräften deutscher und Schweizer Herkunft unterstützt werden soll, behauptete damals, daß Wehners "in Moskau begonnene und in Bonn konsequent fortgesetzte Kampagne" den Sturz der Regierung Brandt herbeiführen solle. Dann solle anstelle der liberalsozialen Regierung Brandt/Scheel eine "sozialistisch-liberale" Regierung gebildet werden, wobei trotz eines möglichen Wahlsieges der CDU/CSU auf der Basis der Notstands-Gesetzgebung weiter regiert werden solle. Maßgebliche Politiker der Bonner Opposition und des demokratischen SPD-Flügels (sic!) befürchteten, daß auf diesem Wege die "Union der Sozialistischen Staaten Deutschlands (UdSSD)" entstehen könnte.

Soweit also die Zürchner "intern-informationen". Schon am 12. Dezember wurde dieser abenteuerliche Nonsens mit allen Zeichen der Aufregung von den "Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft" als Spitzen-"Information" übernommen und über eine ganze Seite zitiert. Gründer dieser "Vertraulichen Mitteilungen", die in Altenbrücken über Verden im 23. Jahrgang er-

scheinen, ist der 74jährige "Wirtschaftsberater und Verleger" Artur Mißbach, der u.a. im Verband der deutschen Bekleidungsindustrie tätig und von 1961 bis 1969 CDU-Bundestagsabgeordneter gewesen war.

Das nächste Glied in dieser tristen Kette ist der "Schwarze Brief", der im 8. Jahrgang in Lippstadt erscheint und außer gegen die sozialliberale Koalition und Regierung und vor allem gegen die SPD gerichtete Informationen Berichte aus der Katholischen Kirche verbreitet. "Der Schwarze Brief" übernahm am 14. Dezember unter der Schlagzeile "Wehner Polit-Vorgesetzter der Bundesregierung" die von dem "in Bonn stark beachteten Hintergrunddienst 'Intern-Informationen' analysierte politische Taktik Wehners", die erkennen lasse, daß "Wehner mit Unterstützung Moskaus und der DDR auf eine 'Föderation sozialistischer deutscher Staaten' hinarbeitet". Dann wird über eine ganze Seite das Elaborat des Zürcher Dienstes zitiert.

Ja, und dann kommt als vorläufig letztes Glied der Hamburger CDU-Abgeordnete, Schulleiter, Luftwaffen-Reserveoffizier und Fraktions-Wehrexperte Carl Damm mit einem fraktionsoffiziell verbreiteten Artikel, der von vorn bis hinten die Quellen erkennen läßt, die hier ausführlich genug erwähnt worden sind. Der Artikel Damms erschien in den "Hamburger Anzeigen und Nachrichten", also dem Lokalblatt des Wehnerschen Direktwahlkreises. Damm fordert die 87.363 Wähler Herbert Wehners öffentlich auf, laut ihre Stimme zu erheben oder in einem Brief an Wehner ihre Mißbilligung zum Ausdruck zu bringen.

Jetzt, da die Wähler Herbert Wehners, und nicht nur sie, schwarz auf weiß lesen können, auf welche üble Weise hier an einer üblen Kampagne gegen Wehner gebastelt worden ist, kann man sich vorstellen, wie die Reaktion der Hamburger Wähler auf die Aufforderung des CDU-Abg. Carl Damm aussehen wird. Ob sich nicht wenigstens ein paar Leute bei der CDU schämen?

(ee/19.12.1973/ks/bgy/ee)

+ + +

Wenn der Urlaub ein Fiasko war...

Gesetz soll Verantwortung der Reiseveranstalter festlegen

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz

Urlaub ist für viele eine Zeit der Ruhe und Erholung oder der Abwechslung und des Abenteuers, für manche aber auch eine Zeit abenteuerlicher Reinfälle, was dann besonders mißlich ist, wenn man sich einem Reiseunternehmen anvertraut hat, das einen herrlichen sorgenlosen Urlaub versprochen hatte.

Viele Reisende haben in der vergangenen Saison einen von einem Reiseveranstalter vorfabrizierten Urlaub gebucht und sich darauf gefreut, die für sie kostbarsten Wochen des Jahres, den lang ersehnten Erholungsurlaub, in einer "Landschaft von atemberaubender Farbenpracht und unglaublicher Vitalität" zu verbringen, wo "das Leben pulsiert", in einem "Hotel der internationalen Luxusklasse, aber "ruhig und direkt am herrlich weißen Sandstrand" gelegen. Der Reisebeginn klappt auch meist, die Verspätung des Flugzeugs hält sich in Grenzen und auf dem Transfer zum Hotel verschwindet nur der Koffer mit den Badesachen, so daß man erwartungsfroh die Hotelhalle betritt.

Leider muß man dort erfahren, daß statt des gebuchten Zimmers mit Seeblick im ersten Stock ein Zimmer zur Straße im 5. Stock reserviert sei, wobei der Fahrstuhl leider zurzeit nicht geht, doch werde die Reparatur nur wenige Tage dauern. Müde von der Reise und im Vertrauen auf die ruhige Lage des Hotels erklärt sich der Reisende einverstanden und geht zu Bett, weil es wegen der Verspätung des Flugzeuges sowieso nichts mehr zu essen gibt. In der folgenden schlaflosen Nacht erlebt er, was es mit dem pulsierenden internationalen Leben auf sich hat, das sich anscheinend nur nachts und ganz besonders lebhaft vor seinem Fenster abspielt.

Nach dem Frühstück erfährt er, daß er ein anderes Zimmer nur gegen einen Aufpreis erhalten könne, wobei sich der Reiseleiter, der die deutsche Sprache nur mühsam beherrscht, nicht als große Hilfe erweist. Der Reisende hofft nun, am Strand die Unannehmlichkeiten vergessen zu können, wobei er feststellt, daß die Entfernungsangabe zum Wasser wohl von einem Dauerläufer ermittelt worden ist, der sich todesmutig durch das Verkehrsgewühl auf der im Prospekt nicht erwähnten Uferstraße gestürzt haben muß. Am Strand stellt sich die gute Laune jedoch nicht ein, weil Schutt, Unrat und eine Kläranlage atemberaubender sind, als die versprochene Farbenpracht.

Die Mittagsmahlzeit wird kalt serviert, weil leider der Strom ausgefallen sei. Dies ist am Abend behoben, weshalb es dann auch möglich ist,

die hoteleigene Musikbox ebenso fröhlich wie laut bis in die frühen Morgenstunden spielen zu lassen. Unser Reisender wird um 1/2 6 Uhr, es ist inzwischen Montag, durch einen Sagger geweckt, dessen Quietschen von zwei Pressluftschlämmern begleitet wird. Jetzt hat er genug, und entschließt sich zur Abreise. Mit einer Linienmaschine - denn das Flugzeug des Unternehmens fliegt erst wieder in fünf Tagen und ist ausgebucht - tritt er die Rückreise an, wobei ihn dies fast soviel kostet, wie der ganze Urlaub.

Er schildert sein Mißgeschick dem Reiseunternehmen und muß aus dessen höflichem Schreiben erfahren, daß dieses dafür überhaupt nichts könne. Die Buchung sei korrekt weitergeleitet worden, der Hotelier für seine Genauigkeit bekannt. Auf das fröhliche Nachtleben sei in dem Prospekt hingewiesen worden, Lärmbelästigungen würden ebensowenig in den Verantwortungsbereich des Unternehmens fallen wie die Zustände am Strand, um die sich die Gemeinde kümmern müsse. Man sehe sich daher unter Hinweis auf die Allgemeinen Reisebedingungen nicht in der Lage, irgendeine Haftung anzuerkennen. Man sei jedoch aus Kulanz bereit, dem Reisenden für seine nächste Reise mit dem Unternehmen einen Nachlaß zu gewähren. Hochachtungsvoll...

Dieses Beispiel ist gewiß übertrieben, denn in dieser krassen Häufung werden Mängel bei der Durchführung einer Reise nur selten auftreten. Die weitaus größte Zahl verläuft ganz ohne Beanstandungen. Daß aber die geschilderten Mißstände einzeln oder gehäuft aufgetreten sind, ist vielfach zu belegen. Tatsache ist auch, daß die Reiseveranstalter gegenüber berechtigten Mängelrügen sich vielfach hinter ihren Reisebedingungen verschanzen und eine Pflicht zur Erstattung irgendwelcher Geldbeträge von sich weisen. Früher taten dies die Reiseveranstalter unter Berufung auf die von ihnen verwendete Vermittlerklausel. Nach ihren Vorstellungen sollten sich ihre Pflichten und damit ihre Verantwortlichkeit darin erschöpfen, daß sie die Buchungen an die Leistungsträger, also beispielsweise die Hoteliers weitergaben. Was danach geschah oder eben auch nicht geschah, sollte nicht mehr ihre Sorge sein, sie hatten ja nur vermittelt.

Die Gerichte versuchten zunächst dadurch zu helfen, daß sie möglichst viele Mißstände auf eine mangelhafte Vermittlung zurückführten. Inzwischen hat sich aber die richtige Ansicht durchgesetzt, daß die Reiseveranstalter nicht lediglich Vermittler sind, sondern selbst etwas Neues schaffen, indem sie die einzelnen Reiseleistungen einkaufen und zu dem Gesamtwerk "Urlaubreise" zusammenfügen, was sich in dem einheitlichen, eben pauschalen Preis ausdrückt. Der sich daraus ergebenden Verantwortung sollten sich die Veranstalter nicht durch eine irreführende Klausel entziehen können. Sie müssen vielmehr für den Erfolg ihrer Tätigkeit einstehen.

Die Reiseveranstalter reagierten auf diese Rechtsprechung mit neuen Formulierungen, die die an sich bestehende Haftung punktuell begrenzen. So wollen sie heute für Beförderungsunternehmen überhaupt nicht und für andere Leistungsträger und die örtlichen Verhältnisse nur insoweit ein stehen, als diese ihren Einflußmöglichkeiten unterliegen. Zudem wird die Höhe einer eventuellen Haftung begrenzt, meist auf den einfachen Reisepreis.

Dieser Zustand, der dem Reisenden durch den nahezu gleichen Wortlaut der jeweils verwendeten Reisebedingungen praktisch aufgezwungen wird, der

von den Veranstalterern als großer Fortschritt gepriesen wird, sich aber kaum von der Vergangenheit unterscheidet, vermag im Interesse des Verbrauchers nicht zu befriedigen. So sind wir daran gegangen, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der vor allem den Verantwortungsbereich des Reiseveranstalters bei Pauschalreisen eindeutig festlegt. Der Veranstalter soll für die planmäßige Durchführung der Reise einstehen müssen. Er soll den Reisenden also im Falle der Nichterbringung oder mangelhaften Erbringung gebuchter Leistungen nicht an den Leistungsträger verweisen können. Ferner soll verhindert werden, daß die Veranstalter in ihren Allgemeinen Reisebedingungen Schadensersatzansprüche ganz ausschließlich oder auf den Reisepreis begrenzen.

Ergänzend hierzu werden die Pflichten des Veranstalters bei der Vorbereitung der Reise und der Auswahl der Leistungsträger geregelt. Der Gesetzentwurf enthält auch Bestimmungen, inwieweit der Veranstalter schlechte Leistungen durch andere ersetzen muß und darf, sowie eine Beschränkung des Rechts, Reisen einseitig abzusagen oder abzuändern. Gleichzeitig soll die Rechtstellung des Reisenden im Falle seines Rücktritts verbessert werden, da pauschalierte Stornogebühren bis zu 80 oder 100 vH. des Reisepreises dem Einzelfall nicht gerecht werden.

Bei allem Verständnis für die Neigung der Reiseveranstalter, ihr Risiko bei Reisen in fremde Länder in Grenzen zu halten, kann es nicht hingenommen werden, daß die Risiken allein auf die Reisenden abgewälzt werden, die dann zu dem Ärger über berechnigte Beanstandungen auch noch finanziell das Nachsehen hätten, obwohl sie sich gerade des sorgenfreien Urlaubs wegen an die Reiseveranstalter gewandt haben. Den Nutzen einer gesetzlichen Regelung hätten nicht nur die tatsächlich enttäuschten Urlauber, sondern alle Pauschalreisenden, da erwartet werden kann, daß durch eine weitergehende Haftung der Veranstalter das Leistungsniveau ganz allgemein sich erhöht.

Der im Bundesjustizministerium erarbeitete Referentenentwurf ist inzwischen an die beteiligten Ressorts und die Länder zur Stellungnahme übersandt worden. Wir werden darum besorgt sein, den Entwurf so schnell wie möglich ins Kabinett zu bringen.

(-/19.12.1973/bgy/pr)

+ + +